

L-1 Freiheit, Nachhaltigkeit, Sicherheit - Grüner Kompass für die Zeitenwende

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 28.10.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag mit Änderungsanträgen zur BDK

Antragstext

Ende November treffen sich die Delegierten aller bündnisgrünen Kreisverbände zur Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Hannover, um über die zukünftige Ausrichtung der Bundespartei zu diskutieren. Die diesjährige BDK steht erneut im Zeichen geopolitischer und nationaler Herausforderungen, die sowohl die innere als auch die äußere Sicherheit betreffen.

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesvorstand mehrere Leitanträge eingebracht. Wir begrüßen die vorgelegten Entwürfe und bringen konstruktive Änderungsanträge ein, um die inhaltliche Debatte in zentralen Punkten unserer bündnisgrünen Programmatik weiterzuentwickeln. Der Kreisverband Berlin-Mitte beschließt daher die folgenden Änderungsanträge:

A-09: Für Frieden in Freiheit. Konsequenz europäisch Handeln.

11-23

Diese Errungenschaften werden heute auf eine harte Probe gestellt. Wir erleben eine massive Erschütterung des internationalen Systems. Weltweit sind nationalistische Bewegungen und autoritäre Kräfte auf dem Vormarsch. Diese autoritären Kräfte gewinnen nicht nur in ihren Ländern immer stärker an Macht, sondern vernetzen sich auch international und üben über gezielte Desinformation und Propaganda zunehmend Einfluss auf unsere Demokratien aus. Sie eint ein gemeinsames Interesse: **Die Grundpfeiler der liberalen Weltordnung zu erschüttern und durch ein autoritäres Machtgefüge zu ersetzen. Sie nutzen dabei Gewalt als normales Mittel der internationalen Politik.** *[Gewalt soll wieder zum Mittel der internationalen Politik werden]*. Gewalt soll wieder zum normalen Mittel der internationalen Politik werden. Sie führen Kriege, destabilisieren Demokratien und multilaterale Organisationen. Sie wollen eine auf Recht und Kooperation beruhende Weltordnung überwinden, die sie in der Ausdehnung ihrer Macht

beschränkt. Stattdessen wollen sie, dass wieder das Recht des Skrupelloseren, Nullsummen- und imperiale Logiken gelten, und Demokratie und Freiheit der Vergangenheit angehören.

91 - 92

Schutz der Sicherheit auf unserem Kontinent; ihren europäischen Pfeiler gilt es weiter zu stärken. **Für Deutschland heißt das, die Bundeswehr personell und materiell wieder auf ihren Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung hin auszurichten. Sie muss in der Lage sein gemeinsam mit den Bündnispartnern den Frieden und die Sicherheit im gesamten Bündnisgebiet durch Abschreckung potentieller Aggressoren zu sichern und im Falle eines Angriffs militärisch zu verteidigen.**

100 - 104

Regierungen und Verwaltungen sollten in der Regel nur europäische Technologien nutzen. Das Land Schleswig-Holstein geht hier vorbildlich voran. **Auch im Bereich der Nachrichtendienste braucht es mehr nationale und europäische Souveränität. Sie spielen bei der Spionageabwehr und der Auslandsaufklärung eine entscheidende Rolle dabei, Gefahren für die innere und äußere Sicherheit frühzeitig zu erkennen und ihnen wirksam zu begegnen. Wir müssen unsere Dienste so aufstellen, dass sie das Personal, die Technik und die Befugnisse haben, die sie für eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen - auch im digitalen Raum. Mit einer Europäischen Nachrichtendienstagentur wollen wir die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union stärken.**

147-154

Der Rückzug der USA als weltweit größter Geldgeber für **Entwicklungszusammenarbeit** aus der Finanzierung für Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe hat eine enorme Lücke gerissen. **Die Auflösung der US-Entwicklungshilfeagentur USAID sowie Kürzungen von bis zu 80 Prozent sind vielerorts bereits deutlich spürbar.** Autokratische Staaten wie Russland und China **nutzen dieses Vakuum für ihre geopolitischen und autoritären Ziele und füllen gezielt den Raum aus, den die USA hinterlassen haben.***[stehen bereit, das Vakuum zu füllen.]* Gerade jetzt muss Deutschland seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden und sein internationales Engagement ausbauen – statt sich wie die Bundesregierung zurückzuziehen. Wer jetzt die Entwicklungsfinanzierung kürzt, setzt Menschenleben weltweit aufs Spiel. Er verpasst die Chance, weltweit Partnerschaften aufzubauen und Einfluss zu gewinnen.

198-200

Wir stehen zur NATO-Beitrittsperspektive als robuste Absicherung eines Friedens und Stärkung der kollektiven Verteidigungsfähigkeit. **Wir fordern auch eine klare Beitrittsperspektive für die Republik Moldau, welche tagtäglich den stillen Angriffen Russlands ausgesetzt ist. Auch Armenien muss eine Perspektive innerhalb des europäischen Bündnisses eröffnet werden, als Schritt hin zu mehr strategischer Unabhängigkeit von Russland.**

Wir stehen auch weiterhin an der Seite der georgischen Bevölkerung, die Georgiens Zukunft in der Europäischen Union sieht. Wir verurteilten die Entscheidung der Regierungspartei ‚Georgischer Traum‘ in den vergangenen Monaten, die Beitrittsverhandlungen mit der EU auszusetzen. Diese Entwicklung stellt eine Zäsur in der langjährigen europäischen Orientierung Georgiens dar und steht im Widerspruch zu den Bestrebungen eines Großteils der georgischen Bevölkerung, die sich eine Annäherung und Integration in die EU wünscht. Seit Monaten demonstrieren Georgier:innen gegen diesen Kurs, trotz weitreichender repressiver Maßnahmen und politischer Willkür. Deshalb sollten gezielte Sanktionen verhängt und auf europäischer Ebene ein abgestimmtes Sanktionspaket mit Nachdruck vorangetrieben werden.

201-209

Mit der Reform der Schuldenbremse haben wir der Bundesregierung neue finanzielle Spielräume ermöglicht. Dennoch setzt die schwarz-rote Koalition ausgerechnet bei der Ukraine-Unterstützung den Rotstift an. Deutschland muss die Militärhilfe für die Ukraine aufstocken und *[sie auch diplomatisch, mit humanitärer Hilfe und finanziell stärker unterstützen.]* **sie mit allen verfügbaren Mitteln, inklusive diplomatischer, finanzieller und humanitärer Hilfe, unterstützen. Dazu zählt auch die Lieferung des Marschflugkörpers Taurus, mit dem die Ukraine sich gegen Angriffe aus der Tiefe verteidigen kann und so Zivilpersonen schützt.**

222-226

Dazu gehört ein tagesaktuelles Gesamtlagebild zu Angriffen und Spionagetätigkeiten, die zügige Umsetzung der EU-Richtlinien zum einheitlichen Schutz unserer kritischen Infrastruktur, eine verbesserten Drohnenabwehr und Investitionen in unsere Sicherheitsbehörden. **Im Kampf gegen Desinformation müssen Hürden beim Austausch relevanter Erkenntnisse zwischen Behörden, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien abgebaut werden. Plattformen sind im Rahmen geltender Regularien – etwa des Digital Services Act – stärker in die Pflicht zu nehmen, Desinformation transparent zu machen und wirksam einzudämmen. Parallel dazu braucht es einen flächendeckenden Ausbau der Medienkompetenz sowie aktive Maßnahmen zur Früherkennung, schnellen Reaktion und öffentlichen Aufklärung über Einflusskampagnen.**

237-238

Verteidigungsfähigkeit haben wir viel von der Ukraine zulernen, gerade bei der Drohnenabwehr **und beim Einsatz von Drohnen.**

[K-02: Lebenswerte Orte, lebendige Demokratie – Kommunen stärken, Zukunft sichern](#)

16-18

Starke Kommunen hingegen schaffen **Begegnungs- und Freiräume**, damit der eigene Ort gemeinsam entwickelt werden kann und Menschen dabei auch erleben, dass ihr persönliches Engagement wirksam und wertvoll ist.

35-37

Die Bundesregierung verschließt die Augen davor, dass kommunale Handlungsfähigkeit auf ausreichende, auch **rechtliche und finanzielle** Gestaltungsspielräume angewiesen ist.

105-106

Vierorts sind die Mieten und Bodenpreise ins Unbezahlbare gestiegen. Es fehlt bezahlbarer Wohnraum. Doch den Kommunen sind **für dessen Schaffung** oft Fesseln angelegt.

108-117

Zur Begrenzung von Boden- und Immobilienspekulation **brauchen Kommunen passgenaue Instrumente, um hiergegen tätig werden zu können. Es** müssen die politischen Vorgaben zur Verkehrswert- und Bodenrichtwertermittlung reformiert **und vereinfacht** werden. Um möglichst wenige Acker- und Naturflächen in neues Bauland umwandeln zu müssen, sondern mehr Flächen im Siedlungsbereich aktivieren zu können, braucht es eine Stärkung des kommunalen Planungsrechtes. Für die Durchsetzung der kommunalen Planungshoheit und eine strategische kommunale Baulandpolitik braucht es gerade für die vielen finanzschwachen Städte und Gemeinden **entsprechende Personalausstattungen in den kommunalen Planungsämtern und funktionierende Vorkaufsrechte** abseits von Spekulationspreisen. Damit geplante Bauflächen auch tatsächlich bebaut werden, braucht es die **- gerade in angespannten Wohnungsmärkten -** bessere Durchsetzbarkeit des Baugebotes.

[E-03: Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit](#)

442-460

Teile der Automobilindustrie haben mit Unterstützung einer zögernden Politik

großer Koalitionen zu lange auf alte Modelle gesetzt und die Transformation verschlafen. Nun droht sich dieser Fehler zu wiederholen. Während in anderen Teilen der Welt die Elektromobilität auf dem Durchmarsch ist, diskutiert Deutschland über die Zukunft des Verbrenners. Es ist falsch, dass Union und SPD die europäische Einigung zum Verbrenner-Aus in Frage stellen. In der aktuellen Absatzkrise braucht die Branche klare Leitplanken und gezielte Impulse für klimaneutrale Innovationen: Die klare Orientierung, dass ab 2035 kein fossiler Verbrenner mehr neu zugelassen wird, muss durch den Verkauf von E-Autos anreizenden Maßnahmen ergänzt werden – etwa durch die Verbesserung und Harmonisierung der Ladeinfrastruktur, **insbesondere der Zugang für Mieter:innen und in Mehrfamilienhäusern**, die Senkung der Stromsteuer für alle, ein Sonderbeschaffungsprogramm für Mobilität in Behörden und kommunalen Diensten, sozial gestaffelte Leasingmodelle für Haushalte mit geringem Einkommen („Social Leasing“) sowie eine auf klimafreundliche Fahrzeuge ausgerichtete Kfz-Besteuerung. Wir wollen Menschen mit geringem Einkommen beim Umstieg auf die Elektromobilität konkret unterstützen: Wer zum Pendeln oder auf dem Land auf das Auto angewiesen ist und weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen hat, zahlt für das Leasing eines elektrischen Kleinwagens maximal 100 Euro pro Monat.

Begründung

Die Antragsfrist für Änderungsanträge zur [Bundesdelegiertenkonferenz](#) ist Freitag, der 07. November 2025, um 11:59 Uhr. Als Kreisverband sind wir antragsberechtigt und können noch auf unserer Kreismitgliederversammlung am 04. November 2025 fristgerechte Änderungsanträge beschließen. Die detaillierte Begründung der einzelnen Änderungsanträge erfolgt auf der Kreismitgliederversammlung.

Legende zur Präambel:

- neu

- *[gestrichen]*